

Aus einer neuen Studie geht hervor, dass die US-Regierung bisher nur ein Fünftel der von ihr veranlassten Drohnenangriffe zugegeben hat, und in der RHEINPFALZ war zu lesen, dass die Staatsanwaltschaft Zweibrücken ihre Ermittlungen zur Beteiligung der Air Base Ramstein am US-Drohnenkrieg eingestellt hat.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 122/17 – 24.07.17

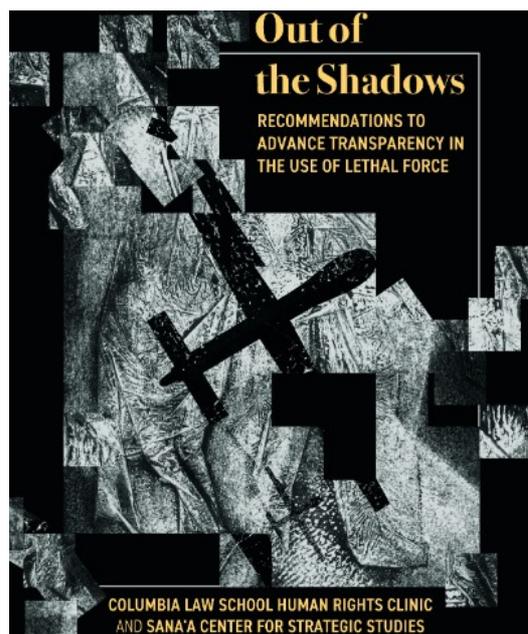
Neue Studie: Die USA haben bisher nur ein Fünftel ihrer tödlichen Drohnenangriffe zugegeben

Von Murtaza Hussain
The Intercept, 13.06.17

(<https://theintercept.com/2017/06/13/drone-strikes-columbia-law-human-rights-yemen/>)

In den letzten Jahren haben die USA Drohnenangriffe in der ganzen Welt durchgeführt – sogar weit entfernt von Kriegsschauplätzen. Sie haben zugegeben, dass bei den vom Präsidenten Barack Obama angeordneten Drohnenangriffen in Ländern wie Pakistan, Somalia und dem Jemen zwischen 2.867 und 3.138 Menschen getötet wurden.

Obama hat bis in die letzten Tage seiner Präsidentschaft mehr Transparenz im US-Drohnenkrieg versprochen und deshalb auch eine Schätzung zur Anzahl der Drohnenopfer veröffentlichen lassen (weitere Infos dazu unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP09516_200716.pdf). Aus einem neuen Report, der von der Human Rights Clinic der Columbia Law School (s. unter <http://www.law.columbia.edu/clinics/human-rights-clinic>) und dem Sana'a Center for Strategic Studies (s. unter <http://sanaacenter.org/>) erstellt wurde, geht allerdings hervor, dass die Gesamtzahl der im US-Drohnenkrieg Getöteten wesentlich höher ist. In dem Report mit dem Titel "Out of the Shadows: Recommendations to Advance Transparency in the Use of Lethal Force" (Raus aus dem Schatten: Wir empfehlen mehr Transparenz bei der Anwendung tödlicher Gewalt, s. unter <https://static1.squarespace.com/static/5931d79d9de4bb4c9cf61a25/t/593f49e11e5b6cb307698c68/1497319914374/Out+of+the+Shadows+FINAL.pdf>] wird nachgewiesen, dass die USA nur etwa 20 Prozent ihrer tatsächlich durchgeführten Drohnenangriffe zugegeben, die Mehrzahl aber vertuscht haben.



Covert US operations, Yemen 2017

	Confirmed drone strikes	Possible drone strikes	Additional US attacks
Total reported strikes	9-11	0	81
Total reported killed	20-32	0	59-80
Civilians reported killed	0-8	0	30-32
Children reported killed	0	0	10-12
Total reported injured	0	0	7-13

Inzwischen wurde das Drohnenprogramm noch ausgeweitet. Seit Amtsantritt des Präsidenten Donald Trump Anfang dieses Jahres hat sich die Anzahl der Drohnenangriffe pro Monat im Vergleich mit der unter Obama üblichen Praxis durchschnittlich fast vervierfacht. Nach einer Statistik [s. unter <https://www.thebureauinvestigates.com/drone-war/data/yemen-reported-us-covert-actions->

2017] des Bureau's of Investigative Journalism (s. https://de.wikipedia.org/wiki/The_Bureau_of_Investigative_Journalism) war dabei der Jemen am stärksten betroffen – mit 9 bis 11 Drohnenangriffen und 81 anderen verdeckten US-Operationen seit Januar.

Die Autoren des neuen Reports haben festgestellt, dass die von der US-Regierung verbreiteten Informationen über und die Begründungen für ihre Drohnenangriffe unzureichend sind; es sei daher unmöglich, den gesamten Umfang des US-Tötungsprogramms und dessen Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung zu erfassen.

"Jahrelang waren Informationen über individuelle Drohnenangriffe nur aus Medienberichten und gelegentlichen Äußerungen einzelner Politiker zu entnehmen," stellte Alex Moorehead (s. <http://www.law.columbia.edu/human-rights-institute/initiatives/about/who-we-are/alex-moorehead>) vom Human Rights Institute der Columbia Law School fest. Er warf der US-Regierung vor allem vor, keine Angaben über die Gründe für einzelne Drohnenangriffe zu machen. "Wenn die Regierung jeden Drohnenangriff offiziell bestätigen würde, müsste sie auch die Gründe dafür angeben; die Hinterbliebenen der Opfer sollten wenigstens erfahren, warum diese sterben mussten."

Die Schätzungen über die Anzahl der bei US-Drohnenangriffen getöteten Zivilisten weichen stark voneinander ab; nach unabhängigen Schätzungen sollen es Hunderte [s. <https://www.thebureauinvestigates.com/projects/drone-war> und die daraus entnommene, rechts abgedruckte Grafik], nach offiziellen Angaben der US-Regierung aber nur einige Dutzend sein [s. unter <https://theintercept.com/2016/07/01/obama-administration-finally-releases-its-dubious-drone-death-toll/>]. Das US-Militär wird vor allem wegen der sogenannten "Signature Strikes" (s. unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP01613_030213.pdf) kritisiert, die sich gegen alle Jungen und Männer im "wehrfähigen Alter" richten, die von den Kameras der US-Drohnen in überwachten Gebieten erfasst werden. Aus dieser Praxis sind auch die viele Opfer fordernden Drohnenangriffe auf Hochzeiten, Beerdigungen und Versammlungen erwachsen, die es schon in Pakistan, in Somalia und im Jemen gegeben hat.

"Außerdem werden Unterschiede zwischen Drohnenopfern aus dem Westen und aus anderen Staaten gemacht," beklagte Moorehead. "Bisher hat die US-Regierung nur zwei aus dem Westen stammende Opfer, die bei einem Drohnenangriff im Jahr 2016 getötet wurden, offiziell anerkannt, sich bei deren Angehörigen entschuldigt und ihnen eine Entschädigung gezahlt [s. <https://www.thenation.com/article/human-rights-groups-obama-investigate-all-civilian-victims-drone-strikes/>].

Nach Angaben Einheimischer haben die seit Januar von der Trump-Regierung zu verantwortenden Drohnenangriffe im Jemen bereits zahlreiche Opfer gefordert. Die im letzten Monat in der Provinz Shabwah bei einem Angriff auf ein Transportauto getöteten Männer und Passanten hatten keinerlei Verbindung zu irgendwelchen terroristischen Gruppierungen. Trotz solcher "Fehlschüsse" will Trump die Kriterien für die Genehmigung von Drohnenangriffen noch weiter lockern und damit Zivilisten einer noch größeren Gefahr aussetzen. Weil wachsende Angst und Wut in der jemenitischen Bevölkerung immer mehr Ein-

THE BUREAU OF INVESTIGATIVE JOURNALISM

Current Statistics

2,935

MINIMUM CONFIRMED STRIKES

6,382-9,240

TOTAL KILLED

739-1,407

CIVILIANS KILLED

240-308

CHILDREN KILLED

The figures above are running totals of US actions and resulting deaths since the Bureau began recording data.

heimische in die Arme der Al-Qaida treibt, haben die US-Drohnenangriffe eine eher negative Wirkung.

"Obwohl die US-Drohnenangriffe im Jemen viele zivile Opfer gefordert haben, hat die US-Regierung weder eine Untersuchung veranlasst, noch sich entschuldigt oder Entschädigungen angeboten," erklärte Waleed Alhariri, der Direktor eines Büros des Sana'a Center's in New York (s. <http://www.law.columbia.edu/human-rights-institute/about/who-we-are/waleed-alhariri>), der einer der Mitverfasser des Reports ist. "Dass in einigen Fällen sogar Hochzeiten ins Visier genommen wurden, hat viele Jemeniten gegen die USA aufgebracht und Al-Qaida die Rekrutierung neuer Kämpfer sehr erleichtert."

Weil das US-Drohnenprogramm lange geheimgehalten wurde, haben viele US-Bürgerrechtsorganisationen seine schlimmen Auswirkungen noch nicht erkannt. Noch schlimmer ist aber, dass die Menschen in von Drohnen überwachten Gebieten meistens überhaupt nicht wissen, warum sie ins Visier genommen wurden und auch keine Möglichkeit haben, die Gründe dafür in Erfahrung zu bringen oder eine Entschädigung für den erlitten Schaden (z. B. den Tod des Ernährers) zu erhalten. Dass die Opfer meistens in sehr armen, entlegenen Gegenden zu beklagen sind, macht es ihren Angehörigen noch schwerer, Gerechtigkeit einzufordern.

"Der US-Öffentlichkeit ist nicht bewusst, was das Drohnenprogramm anrichtet. Es muss transparenter werden, damit die Wahrheit bekannt wird," fügte Alhariri hinzu. "Die Betroffenen im Jemen müssen erfahren, warum ihnen nahestehende Menschen sterben mussten oder zu Krüppeln wurden. Sie werden aber einfach ignoriert und fühlen sich der US-Drohnenpolitik ausgeliefert."

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern waren bereits im Originaltext enthalten, den wir nach unserem Kommentar abdrucken.)

Unser Kommentar

Deutschen Juristen scheint auch nicht klar zu sein, was der US-Drohnenkrieg anrichtet, denn in der RHEINPFALZ vom 17.06.17 war zu lesen:

"Keine Ermittlungen zu US-Drohneneinsatz Staatsanwaltschaft: Durch Nato-Truppenstatut gehindert

Zweibrücken. Die Staatsanwaltschaft Zweibrücken wird wegen eines Drohneneinsatzes, der von der US-Airbase Ramstein gesteuert worden sein soll und bei dem es Tote in Somalia gegeben haben soll, kein Ermittlungsverfahren einleiten. Aufgrund des Nato-Truppenstatuts seien in diesem Fall deutsche Behörden an der Strafverfolgung gehindert, sagte gestern die stellvertretende Oberstaatsanwältin Iris Weingardt.

Die Staatsanwaltschaft hatte, wie mehrfach berichtet, seit September 2015 die Strafanzeige eines Somaliers geprüft. Darin hatte der Mann den Vorwurf erhoben, sein Vater sei 2012 beim Einsatz amerikanischer Drohnen ums Leben gekommen. Der unbemannte Flugkörper sei zur gezielten Tötung eines Terroristen in Somalia eingesetzt worden. Sein Vater habe sich als Hirte zufällig in der Nähe des Ziels aufgehalten und sei bei dem Drohnenangriff getötet worden. Die Anzeige landete bei der Zweibrücker Staatsanwaltschaft, weil das US-Militär auf der Airbase Ramstein eine Relaisstation betreibt, von der weltweit Drohneneinsätze gesteuert werden sollen.

Das Departement of the Air-Force hat sich nach Angaben der Staatsanwaltschaft so zu dem Vorgang geäußert: Bei den Drohneneinsätzen handele es sich um eine Kernaufgabe des US-Militärs, Nicht-Militärangehörige, wie beispielsweise deutsche Zivilangestellte, seien daran nicht beteiligt. Da die in Ramstein „geleisteten Beiträge des US-Militärs zu den Drohneneinsätzen dienstbezogene Handlungen“ seien, ständen die Bestimmungen des Nato-Truppenstatuts einer Verfolgung etwaiger Straftaten entgegen, sagte die stellvertretende Oberstaatsanwältin Iris Weingardt. Zuständig für die Verfolgung von Straftaten seien in diesen Fällen zunächst die amerikanischen Militärbehörden.

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe habe den Sachverhalt zusätzlich unter dem Gesichtspunkt des Völkerrechts geprüft und ebenfalls keinen Anlass für ein Ermittlungsverfahren gesehen.

Zum Sachverhalt selbst, wonach bei dem Drohneneinsatz in Somalia 2012 eine Zivilperson getötet worden sein soll, habe sich das US-Militär nicht geäußert, sagte Weingardt. Abgeschlossen ist der Fall freilich noch nicht: Gegen die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Zweibrücken hat der Anwalt des Somaliers inzwischen Beschwerde eingelegt. Bis Mitte August hat er Zeit, sie zu begründen. Bleibt die Behörde bei ihrer Position, muss über die Beschwerde die Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken befinden. ros/gana"

Diese Meldung wirft natürlich einige Fragen auf. Ist die Staatsanwaltschaft Zweibrücken bei ihren Ermittlungen tatsächlich davon ausgegangen, dass der Drohnenangriff, bei dem der somalische Hirte starb, "von einer Relaisstation auf der Airbase Ramstein aus gesteuert" wurde, oder ist diese unzutreffende Behauptung der RHEINPFALZ anzulasten? Inzwischen müsste sich eigentlich bundesweit herumgesprochen haben, dass die Drohnen-Piloten und -Operatoren in Steuerkabinen auf Flugplätzen in den USA sitzen und von dort aus nicht nur die Drohnen dirigieren, sondern auch die Hellfire-Raketen abfeuern, die Menschen auf anderen Kontinenten den Tod bringen. Die Steuersignale werden über ein teilweise unter dem Atlantik verlegten Glasfaserkabel zu der SATCOM-Relaisstation auf der US Air Base Ramstein und von dort via Satellit zu den Drohnen geleitet – die von den Kameras und Sensoren der Drohnen aufgenommenen Bild-, Ton- und sonstigen Signale gelangen in umgekehrter Richtung auf dem gleichen Weg zurück in die USA (s. dazu auch http://www.luftpост-kl.de/luftpост-archiv/LP_13/LP08515_230415.pdf).

Weil die Staatsanwaltschaft Zweibrücken natürlich keinen Zugriff auf die "Todesengel" in den USA hat, hätte sie weder das NATO-Truppenstatut bemühen, noch fast zwei Jahre lang prüfen müssen, ob sie überhaupt ermitteln darf.

Sie hätte aber gegen die Bundesregierung ermitteln und klären müssen, ob diese die Nutzung der für den US-Drohnenkrieg unerlässlichen SATCOM-Relaisstation auf der Air Base Ramstein überhaupt dulden darf, und ob ihr wegen Duldung der Nutzung nicht eine Mitschuld an völkerrechts- und verfassungswidrigen Aktivitäten der US-Streitkräfte zuzurechnen ist.

Davor hat man sich in Zweibrücken durch die Einholung eines "Persilscheines" beim weisungsgebundenen Generalbundesanwalt in Karlsruhe erfolgreich gedrückt. Deutsche Staatsanwaltschaften und Gerichte haben sich bisher – vermutlich aus Angst vor Karriereknicken – bei möglichen Konflikten mit der Bundesregierung in Berlin oder mit der US-Regierung in Washington immer juristischer Hakenschlagerei bedient, um das heiße Eisen "Souveränität der Bundesrepublik Deutschland" gar nicht erst anfassen zu müssen.

Die Bemühungen der deutschen Justiz um die Aufklärung völkerrechts- und verfassungswidriger US-Aktivitäten auf deutschem Boden und die deutsche Beteiligung daran dürften sich deshalb auch in Zukunft in sehr engen Grenzen halten.

U.S. Has Only Acknowledged A Fifth of Its Lethal Strikes, New Study Finds

Murtaza Hussain
June 13 2017,

Over the past decade, the United States has claimed broad authority to carry out drone strikes across the world, even in places far from the battlefield. Under President Barack Obama, the U.S. acknowledged killing between 2,867 and 3,138 people in strikes that took place in countries like Somalia, Yemen, and Pakistan.

Although in the waning days of his presidency, Obama took some steps to improve transparency about drone strikes, including providing the total estimated death toll, a new report by the Columbia Law School Human Rights Clinic and the Sana'a Center for Strategic Studies says that the U.S. is still lagging in providing a full accounting of its drone program. Among other failures, the report, titled "Out of the Shadows: Recommendations to Advance Transparency in the Use of Lethal Force," says that the U.S. has only acknowledged approximately 20 percent of its reported drone strikes — failing to claim responsibility or provide details in the vast majority of cases.

Meanwhile, the drone program is intensifying. Since President Donald Trump took office earlier this year, the rate of drone strikes per month has increased by almost four times Obama's average. Yemen in particular has been a target of many of these operations, with between nine and 11 strikes hitting the country this year, along with 81 other covert attacks by U.S. forces, according to statistics compiled by the Bureau of Investigative Journalism.

The authors of the new report say that the government's failure to provide information or legal rationales for its strikes is making it impossible to understand the full scope of the government's targeted killing program, as well as its impact on civilians.

"For years, the only way we knew anything about individual strikes was from media reports or individual statements about strikes from government officials," said Alex Moorehead, of the Columbia Law School's Human Rights Institute, highlighting the failure of the government to provide details about cases in which drones have been used for targeted killings. "When we talk about official acknowledgment, we are talking about specific information about individual strikes, which is what matters to people who have had loved ones killed."

The estimated number of civilians killed in U.S. drone strikes varies widely, with some independent estimates recording hundreds of civilian deaths, while the U.S. government often claims that figures run only into the dozens. The U.S. military has also been criticized for policies like "signature strikes," in which individuals have been killed based on their status as "military-age males" in areas where U.S. drones are operating. These policies are alleged to be responsible for cases in which weddings, funerals, and other communal gatherings have been bombed in Yemen, Pakistan, and Somalia.

"There is a difference in how Western civilians are treated versus non-Western civilians," Moorehead said. "Of all the civilians who have been killed in these strikes, only the two

Westerners who were killed in a 2016 strike have ever received any formal acknowledgement, apology, and compensation from the government.”

Locals in Yemen have alleged that, in recent months, drone strikes carried out by the Trump administration killed civilians on numerous occasions. One strike reported last month in Yemen’s Shabwah Province allegedly targeted a car full of men with no existing links to terrorist groups, as well as several innocent bystanders. Despite such incidents, Trump has promised measures that would further loosen targeting standards for drone operators, likely putting civilians in even greater danger. Many Yemenis say that the anger and grief inflicted by these strikes is outweighing any perceived counterterrorism benefit — and even driving some local people into the arms of Al Qaeda.

“The drone program in Yemen has inflicted a lot of civilian deaths that have not been investigated, acknowledged, or even taken into consideration by the U.S. government,” said Waleed Alhariri, director of the Sana’a Center’s U.S. office and one of the co-authors of the report. “In some cases weddings have been targeted, which has resulted in a lot of public anger from ordinary people towards the United States and has helped recruitment for al Qaeda.”

The secrecy of the drone program has made it difficult for civil liberties organizations in the U.S. to provide a full accounting of its impact. More importantly, this secrecy has also made it harder for civilians directly impacted by drones to even understand why they have been targeted. Lacking any ability to find out the details about cases in which they or their loved ones were harmed, Yemeni civilians are generally unable to even obtain recognition, let alone compensation, for the life-changing consequences of these attacks. That those targeted often come from poor and remote regions of the country only makes it harder for them to obtain justice.

“The U.S. public is not aware what is happening in this program. They need more transparency and they need to know the truth,” said Alhariri. “But Yemenis who have been impacted also need to know why they’ve been targeted. People have died, lost the ability to work and lost family members they relied on. They’ve been ignored and they feel helpless in the face of U.S. military policy in Yemen.”

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern